59. Jahrgang No. 288

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Donnerstag, 22. Juni 1911

Die „Konkurrenz mit dem Begräbnis".

Um den letzten Rest der Besinnung sind die orthodoxen Gegner der Feuerbestattung durch die Annahme des Feuerbestattungsgesetzes im Herrenhause gebracht worden. In dieser Besinnungslosigkeit haben sie ihren schwachen Geist so wenig in der Gewalt, daß sie die letzten und geheimsten Gründe ihrer Gegnerschaft gegen die Feuerbestattung ausplaudern.

Wie immer, geht in der läppischen Aufmachung solcher Ungeschicklichkeiten der orthodoxe „Reichsbote" voran. Der „Reichsbote" fürchtet mit Schaudern, das Verbrennen der Leichen könne so billig werden, daß das Sichbegrabenlassen schon aus Geldersparnisrücksichten eine starke Verminderung erfahren werde. Das würde, so kalkuliert das fromme Blatt, die Erträgnisse des kirchlichen Begräbnisgeschäfts wesentlich beeinträchtigen, denn daß die Kirchengemeinden das Bestattungswesen vielfach zu einem lukrativen Geschäft ausgebaut haben, das ist bekannt; es ist dies auch bei den Beratungen im Herrenhause hervorgehoben und gerügt worden. Manche Kirchengemeinden treiben mit ihren Begräbnisplätzen geradezu Bodenwucher in schlimmster Form. Im Herrenhause hat ein Redner ausgeführt, daß für die Erneuerung einer Begräbnisstelle schon 1000 Mark bezahlt werden mußten. In Berlin lassen sich evangelische und katholische Gemeinden sogar hohe Preise bezahlen für Begräbnisplätze, die sie an die „Käufer" gar nicht hergeben; nämlich wenn jemand sich in einer anderen Gemeinde begraben lassen will, als zu der seine Leiche „gehört", so muß für ihn mit teurem Gelde eine Begräbnisstelle auf „seinem" Friedhof bezahlt worden, die ein anderer benutzt und — abermals bezahlen muß. Man nennt diese Form des schimpflichsten Bodenwuchers das „Auskaufen".

Mit welcher Gemütsroheit der orthodoxe „Reichsbote" seine Sorgen um die Schmälerung des vielfach mit 300 Prozent Verzinsung arbeitenden kirchlichen Begräbnisgeschäfts äußert, mag man aus folgenden Zeilen ersehen:

> Der Bau der Leichenöfen erfordert große Kapitalien und ebenso die Erhaltung und Befeuerung derselben. Wenn der Ofen für die einzelne Leiche geheizt werden muß, so wird die Verbrennung sehr teuer und können sich nur reiche Leute **diesen Sport** (!!!) leisten. Die Leichenverbrennungsfanatiker werden deshalb alles aufbieten, die Leichenverbrennung allgemein zu machen oder wenigstens Antrieb dazu zu schaffen. Wahrscheinlich wird man eine **Konkurrenz mit dem Begräbnis** dadurch herzustellen suchen, daß man die Verbrennung eine Zeitlang billiger macht wie das Begräbnis. Wenn erst der Zweck erreicht ist und der Feuerofen viel zu tun hat, so wird er sich rentieren und auch die Kosten der Konkurrenz werden sich dann einbringen lassen.

Kann man in der Polemik gegen eine Sache, die man aus orthodoxem Fanatismus bekämpft, tiefer sinken, als es hier vor unseren Augen geschieht? Und das nennt sich christlich! Das bläht sich als Wächter von Anstand, Sitte und Ordnung! Diese Sorte von „christlicher" Presse erdreistet sich, die „Volks-Zeitung" alle Augenblicke in der ordinärsten Weise anzugreifen, weil wir mit Professor Adolf Wagner im Herrenhause auch in der Feuerbestattungsfrage die elementarsten Grundsätze der Toleranz verteidigen gegen priesterlichen Zelotismus und kirchliche Profitgier, die vielfach noch ein wucherisches Geschäft zu machen trachtet aus der Bestattung von Leichen in Friedhofserde!

Hat je ein Feuerbestattungsfreund die Unanständigkeit gehabt, die Beerdigung als „Sport" zu bezeichnen, wie es der „Reichsbote" des Pastors Engel gegenüber der Feuerbestattung fertig bringt? Kann man von dieser Art der „christlichen" Preßpolemik etwas anderes sagen als: Die Scham ist zu den Hunden entflohen?

Der Landtagsschluß. Das Herrenhaus beabsichtigt bis zum Freitag, 30. d. M., eine Pause eintreten zu lassen, um am 30. Juni und am 1. Juli in zwei Schlußsitzungen das noch zu erledigende Material aufzuarbeiten. Nach den Vereinbarungen zwischen der Regierung und den Landtagspräsidien wird der Schluß der Session am 1. Juli nachmittags eintreten.

Zur Reform der Fahrkartensteuer erfahren wir, daß im Eisenbahnministerium eine neue Vorlage über die Reform der Fahrkartensteuer sich in Vorbereitung befindet, jedoch noch nicht abgeschlossen ist. Die Vorlage wird nach den Sommerferien nach ihrer Fertigstellung den Bundesstaaten zugehen, damit diese sie begutachten können. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Vorlage noch dem alten Reichstag zur Beschlußfassung zugehen wird. Ein Beschluß hierüber liegt jedoch noch nicht vor, auch läßt sich über den Inhalt der Vorlage noch nichts Bestimmtes sagen. Fest steht nur, daß auch in der neuen Vorlage die vierte Wagenklasse nicht besteuert werden soll. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch die Fahrkartensteuer für die erste bis dritte Wagenklasse in der neuen Vorlage eine Ermäßigung erfahren wird, wenn die Einnahmen des Reiches sich in derselben hohen Weise fort bewegen, wie es bisher der Fall ist.

Abgelehnter Ehrenvorsitz bei der Lehrertagung. Der Oberbürgermeister von Leipzig, Dr. Dittrich, hat den ihm angebotenen Ehrenvorsitz über die im Herbst in Leipzig stattfindende Hauptversammlung des Sächsischen Lehrervereins abgelehnt. Man nimmt an, daß dieser Entschluß des Oberbürgermeisters ein Ausfluß der in letzter Zeit vielfach zutage getretenen Spannung zwischen den Schulbehörden und den Lehrervereinen ist. Wie bekannt, hat erst jüngst die Bezirksschulinspektion Leipzig I, deren Vorsitzender der Oberbürgermeister ist, gegen den Vorstand des Leipziger Lehrervereins ein Disziplinarverfahren eröffnet. — Gehts nicht auch ohne „Ehrenvorsitz"?

Kurze Chronik.

In einem Bergwerk bei Marles in Nordfrankreich stürzten zehn Arbeiter, die mit der Schachtzimmerung beschäftigt waren, infolge Reißens der Kette in die Tiefe. Ein Arbeiter wurde getötet, neun wurden verwundet.

• In der Westminsterabtei zu London fand heute mittag die Krönung des englischen Königspaares statt.

• Die ausständigen englischen Seeleute haben in London Verhandlungen mit den Reedern angeknüpft.

• In der konstituierenden Versammlung zu Lissabon wurden die Vollmachten der portugiesischen Regierung endgültig bestätigt.

Infolge der Amnestie sind in Uesküb 107 Mohammedaner und 134 Christen freigelassen worden.

• Näheres im Text des Blattes.

Rötger und der Hansabund.

Im heutigen Morgenblatt haben wir Mitteilung gemacht von dem Austritt des Landrats a. D. Rötger aus dem Hansabund. Herr Rötger, der eine führende Stellung im Zentralverbande deutscher Industrieller einnimmt, hat offenbar eingesehen, daß man nicht zugleich dem Hansabunde und einen reaktionären scharfmacherischen Interessenverbande angehören kann, und so hat er sich als ehrlicher Mann aus den Banden dieser Konfliktstellung befreit. Wenn die an ihm hängende scharfmacherische Schwerindustrie nun gleichfalls dem Hansabunde die Freundschaft kündigt, so werden alle auf höherer Warte stehenden Anhänger des Bundes darin eine dringend notwendige Gesundung erkennen. Der Hansabund kann sortad ungehinderter als bisher sein Programm der Abwehr agrarischer Uebergriffe durchführen. Das wird ihm die Sympathien von Zehntausenden, die bisher noch zweifelnd und mißtrauisch abseits standen, sichern und so zu seinem weiteren raschen Aufblühen beitragen.

*

Geheimer Justizrat Professor Dr. Rießer, der Präsident des Hansabundes, hat auf den von Landrat a. D. Rötger an ihn gerichteten Brief folgende Antwort gegeben:

Berlin, den 22. Juni 1911.

S. H. Herrn
Landrat a. D. Rötger,
Berlin W. 15,
Kurfürstendamm 52.

Sehr geehrter Herr Landrat!

In Ihrem Geehrten vom 21. d. M. gehen Sie davon aus, daß in den letzten Tagen ein Werbeaufruf des Hansabundes erschienen sei, welcher ohne Zustimmung des Präsidiums einen wesentlichen Teil meiner persönlichen Ausführungen auf dem Hansatage unzulässigerweise wiederholt habe.

Demgegenüber stelle ich zunächst formell fest, daß mir seitens des verstärkten Präsidiums ausdrücklich die Genehmigung zu derartigen Werbe- und Wahlfondsaufrufen generell erteilt worden ist. Sachlich aber fordert jener Aufruf in Gemäßheit der Richtlinien des Hansabundes lediglich den „Kampf gegen die Uebergrarier", also speziell gegen den Bund der Landwirte, einen Kampf, den auch Sie stets als das Ziel des Hansabundes bezeichnet und bisher immer auch Ihrerseits mit Entschiedenheit vertreten hatten.

Hiernach kann Ihr Austritt nur den Sinn haben, daß Sie jetzt aus Gründen politischer Taktik wünschen, daß der Hansabund nicht mehr den satzungsmäßigen wirtschaftspolitischen Kampf gegen die Uebergriffe des Bundes der Landwirte führe, sondern einen satzungswidrigen Kampf gegen alles, was links steht, aufnehme. Ein solches Verfahren widerspricht nach meiner Ueberzeugung in hohem Maße den dauernden Lebensinteressen des gesamten deutschen Gewerbestandes.

Der Hansabund wird, gestützt auf die begeisterte Zustimmung weiter Kreise des deutschen Gewerbestandes, sein Programm unbeirrt fortsetzen und durchführen; seine Aktionskraft und Geschlossenheit wird durch Ihren Schritt nicht gemindert.

Nachdem Sie gestern Ihr Schreiben vom 21. d. M. der Oeffentlichkeit übergeben haben, bin ich genötigt, mit diesem meinem Schreiben in gleicher Weise zu verfahren.

In vorzüglicher Hochachtung
Ihr sehr ergebener
gez. Dr. Rießer.

Der Pulvertrust aufgelöst. Wie uns ein Telegramm aus Wilmington (Delaware) meldet, gewann die Bundesregierung den Prozeß auf Auflösung des sogenannten Powdertrusts. 43 Koporationen und Einzelpersonen waren angeklagt. Das Bundeskreisgericht wies die Klage gegen 15 Angeklagte ab und entschied, daß bei den 28 anderen eine gesetzwidrige Kombination vorliege.

Zum Prozeß Duez meldet uns ein Telegramm aus Paris: Nach der Verkündigung des Urteils im Prozeß Duez beschlossen die Geschworenen unter Hinweis auf die im Prozeß zutage getretenen Tatsachen, an den Justizminister eine Resolution zu richten, in der sie ihrem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß die Interessen der Armen und Bedürftigen ohne jede wirksame Ueberwachung den gerichtlichen Liquidatoren preisgegeben seien, und daß die Notare ebenfalls ohne jede wirksame Kontrolle Unregelmäßigkeiten, Fälschungen oder Veruntreuungen begehen könnten. Schließlich drücken die Geschworenen den Wunsch aus, es möchten entschiedene Maßnahmen getroffen werden, um die gerichtlichen Liquidatoren, Notare und ähnliche Funktionäre einer strengen Ueberwachung durch den Staat zu unterwerfen.

Kein Fortbildungsschulgesetz?

Die „Korr. Woth" verbreitet die sensationelle Meldung:

Auf die Verabschiedung des Pflichtfortbildungsschulgesetzes und des Gesetzes über die ländlichen Pflichtfortbildungsschulen in Brandenburg, Sachsen usw. ist seitens der Regierung Verzicht geleistet worden.

Das heißt also: Weil der Konfessionsbrill von 30 Minuten nach den Kommissionsbeschlüssen nicht in das Gesetz hineinkommen soll, darum soll das Gesetz nicht zustande kommen? Ist das richtig? Um eine schleunige amtliche Erklärung muß dringend ersucht werden.

Die konstituierende Versammlung von Portugal.

(Telegraphischer Bericht.)

Lissabon, 21. Juni.

Alle Minister waren anwesend. Der Ministerpräsident Theophil Braga verlas unter lautloser Stille die Botschaft. Die Deputierten erhoben sich von ihren Plätzen. Beifall und Rufe: Es lebe die Republik! ertönten. Alexander Braga beantragte der Regierung unbegrenztes Vertrauen auszusprechen und deren Vollmachten endgültig zu bestätigen. (Erneuter, allseitiger Beifall.) Alexander Braga erklärte weiter: Wir müssen alle Meinungsverschiedenheiten vergessen und anerkennen, daß die Regierung einzig und allein bestrebt war, dem Vaterlande zu nützen. Die Kammer faßte darauf durch Akklamation ein Vertrauensvotum für die Regierung und bestätigte deren Vollmachten. Sodann wurde um 6 Uhr nachmittags die Sitzung geschlossen.

Die Krönungsfeier in Westminster.

(Telegraphische Berichte.)

London, 21. Juni.

Die Lebhaftigkeit des Londoner Straßenbildes steigerte sich seit den letzten Tagen ganz gewaltig. Ueberall durchstreiften Schaulustige aus London, der Provinz und dem Ausland zu Fuß und zu Wagen den Bezirk, den die Feststraße durchzieht. Der Wagenverkehr nahm einen ungeheuren Umfang an, so daß an vielen Punkten der Hauptstraßen tagsüber beständig Stockungen von langer Dauer entstanden. Die Fußgänger kamen durchschnittlich schneller vorwärts als die Wagen, und die Untergrundbahnen allein gewährten eine schnellere Beförderung. Die Ausschmückung der Feststraße ist nahezu vollendet, obwohl noch spät abends rüstig gearbeitet wurde. Die Häuser sind mit Teppichen behängt und mit Fähnchen und Emblemen bunt und reich verziert. Unter den Farben überwiegen rotblaugold.

London, 22. Juni.

In den gestrigen späten Abendstunden wurden die Krönungsinsignien unter militärischer Eskorte nach der Abtei gebracht, wo sie von einer besonderen Wache in Obhut genommen wurden. Sie wurden heute morgen in feierlichem Zuge von der Geistlichkeit der Westminsterabtei nach dem Altar übergeführt, wo sie bis zur Ankunft des Königspaares unter dem Schutze der Geistlichkeit stehen. Gestern abend fand von 9 Uhr ab eine Probeillumination sämtlicher großen Geschäftshäuser und öffentlichen Gebäude statt; die City rivalisierte mit den großen Hotels und Kaufhäusern der Piccadilly und der Pall Mall. Man schätzt die Zahl der in London eingetroffenen Fremden auf 800 000 und mindestens 400 000 werden noch erwartet, so daß heute in den Straßen, durch die der Krönungszug sich bewegt, mehr als eine Million Menschen Aufstellung nehmen werden. Bereits um Mitternacht begannen die Leute, sich an den für die Zuschauer freigegebenen Punkten aufzustellen. Die Inhaber von Tribünenkarten müssen ihre Plätze auf den Tribünen bereits bis 6½ Uhr morgens eingenommen haben, da später jeder Zugang durch Polizei und Truppen hermetisch verperrt wird. Heute morgen 6 Uhr begab sich ein Aufgebot von 17 000 Mann Polizisten nach der Umgebung der Westminsterabtei und des Buckinghampalastes. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung werden im ganzen etwa 60 000 Mann Polizei aufgeboten.

London, 22. Juni, 9 Uhr vormittags.

Als um 4 Uhr früh eine Batterie im Hyde Park den Tag mit 21 Kanonenschüssen begrüßte, herrschte in den Straßen bereits reges Leben. Auf allen Bahnhöfen, auf und unter der Erde, quillt unaufhörlich eine bunte Menge. Die Lager und Biwaks in den Parks sind bereits mobilisiert, und die für die Absperrung bestimmten Truppen in der Stärke von 50 000 Mann setzten sich in Marsch. An allen Zugängen, die auf die Feststraße führen, sind starke Holztore aufgerichtet, um den Andrang der Menge aufzuhalten. Um 8½ Uhr früh ist die Feststraße gefüllt und abgesperrt, und alle Tribünen sind besetzt. Das Wetter ist bedeckt aber trocken. Der Wind läßt Regengüsse und frisches Wetter erwarten.

Der Einzug der Gäste.

London, 22. Juni, 9½ Uhr vormittags.

Um 6½ Uhr wurden die großen Pforten der Westminsterabtei geöffnet, und in glänzenden Staatskarossen begannen die Pers und Peresses in ihren roten, mit Hermelin verbrämten Roben, die indischen Fürsten in ihren juwelengeschmückten Gewändern und die anderen Krönungsgäste einzutreffen. Um 9 Uhr waren alle Geladenen in der Abtei versammelt, um die Ankunft des Königspaares zu erwarten.

Auf Charing Croß war der Andrang der Menge so gewaltig, daß sie die Polizeikette durchbrach. Doch gelang es den Beamten, die Ordnung ohne Schwierigkeit aufrechtzuerhalten. Um 8 Uhr setzte ein leichter Regen ein.